



Substanzielles Protokoll 165. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 10. Dezember 2025, 14.00 Uhr bis 16.40 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Christian Huser (FDP)

Beschlussprotokoll: Simon Kälin-Werth (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Noemi Lea Landolt

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Stéphane Braune (FDP), Jehuda Spielman (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | | |
|----|----------|--------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | | |
| 2. | 2025/553 | * | Weisung vom 26.11.2025:
Gesundheits- und Umweltdepartement, Teilinstandsetzung
Siedlung Irchel der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich,
Beitrag | VGU |
| 3. | 2025/565 | * | Weisung vom 03.12.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Verkehrsbetriebe Stadt Zürich,
Teilersatz Tramdepot Hard mit neuer kommunaler Wohn-
siedlung Depot Hard, Netto-Zusatzkredit | FV |
| 4. | 2025/390 | | Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 | FV |
| 5. | 2025/557 | E | Postulat der Grüne-, FDP-, GLP-, SVP-, Die Mitte/EVP- und
AL-Fraktion vom 26.11.2025:
Bericht über die langfristige Investitionsplanung und deren
Grundlagen über mindestens die nächsten zehn Jahre | FV |
| 6. | 2025/569 | A | Postulat der SP-Fraktion vom 03.12.2025:
Sicherstellung eines Budgets von mindestens 600 Millionen
Franken für Liegenschaftskäufe im Rahmen der Investitions-
planung | FV |
| 7. | 2025/391 | | Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und
Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudget-
verordnung (GBVO), Teilrevision | STR |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

5526. 2025/576

**Postulat von Jean-Marc Jung (SVP) und Yves Peier (SVP) vom 03.12.2025:
Zivilschutzanlagen auf Schularealen, Verzicht auf eine Nutzung für Geflüchtete**

Jean-Marc Jung (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Es geht um Zivilschutzanlagen auf Schularealen, in denen Geflüchtete untergebracht werden. Wir finden das nicht gut und würden gerne bald darüber sprechen.

Der Rat wird über den Antrag am 17. Dezember 2025 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärungen:

Pascal Lamprecht (SP) hält eine persönliche Erklärung zum Hinschied von FCZ-Ehrenmitglied Sven Hotz.

Stephan Iten (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum weiteren Vorgehen des Stadtrats im Zusammenhang mit der kantonalen Volksabstimmung zur Mobilitätsinitiative.

Flurin Capaul (FDP) hält eine persönliche Erklärung zu den Mietvertragsverlängerungen von Imbissständen bis September 2026.

Geschäfte

5527. 2025/553

**Weisung vom 26.11.2025:
Gesundheits- und Umweltdepartement, Teilinstandsetzung Siedlung Irchel der
Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich, Beitrag**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom
8. Dezember 2025

5528. 2025/565

**Weisung vom 03.12.2025:
Liegenschaften Stadt Zürich, Verkehrsbetriebe Stadt Zürich, Teilersatz Tramdepot
Hard mit neuer kommunaler Wohnsiedlung Depot Hard, Netto-Zusatzkredit**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom
8. Dezember 2025

5529. 2025/390

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2025/390, 2025/391, 2025/557 und 2025/569

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Sven Sobernheim (GLP): Gerne stelle ich den Bericht zum Budget 2026, zum Finanz- und Aufgabenplan (FAP) 2026 sowie zur Weisung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten 2026 und dem FAP der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten vor. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) prüfte das Budget in fünf Lesungen mit intensivsten Fragen. Die Finanzkontrolle stellte mit dem Revisionsbericht 86/2025 fest, dass das Budget aus ihrer Sicht die rechnerischen und formalen Anforderungen erfüllt. Das Budget sieht einen Aufwandüberschuss von 377,8 Millionen Franken inklusive der Nachträge des Novemberbriefs vor. Das bedeutet einen Aufwand von 11,347 Milliarden Franken sowie einen Ertrag von 10,96 Milliarden Franken. Für die selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten gibt es eine eigene Weisung. Der Personalaufwand im Budget beträgt 3,769 Milliarden Franken. Es sind 777,9 zusätzliche Stellen sowie im Novemberbrief 29,9 zusätzliche Stellen budgetiert. Die Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen reduzieren sich um 310,9 Millionen Franken auf 1,963 Milliarden Franken sowie im Finanzvermögen auf 513,1 Millionen Franken. In der Summe ergibt das rund 2,5 Milliarden Franken. Die Fiskalerträge steigen auf 3,891 Milliarden Franken. Bei den natürlichen Personen sind es rund 2 Milliarden Franken, bei den juristischen 1 Milliarde Franken. Im FAP geht der Stadtrat weiterhin von einer stetig wachsenden Bevölkerung aus. Er führt aus, dass die Entwicklung von Aufwand und Ertrag – zumindest kurzfristig – nicht linear vom Bevölkerungswachstum abhängt. Ebenso weist er daraufhin, dass in den Jahren 2009–2024 das Rechnungsergebnis in 14 von 15 Jahren im Durchschnitt um 200 Millionen Franken besser abschnitt. Wir planen mit einem Aufwandüberschuss von mehr als 300 Millionen Franken. Die Stadt Zürich habe eine finanziell solide Basis. Die Zunahme der Verschuldung aufgrund der hohen Investitionen im Budget müsse aber beachtet werden. Der FAP sieht bis im Jahr 2029 einen jährlichen Aufwandüberschuss zwischen 352 und 378 Millionen Franken vor. Dies hauptsächlich wegen der Umsetzung der Tagesschule bis zum Schuljahr 2030/31, Netto-Null bis ins Jahr 2040 sowie der Fachplanung Hitzeminderung und dem Heizungsersatz bei den eigenen Liegenschaften. Ich komme zu den Bemerkungen der RPK zum Budget. Dabei handelt es sich nicht um Einzelanträge, sondern um allgemeine Hinweise dazu, was uns stört oder auffällt. Wir haben – wie in den Vorjahren – stark steigende Dienstleistungen Dritter. Davon sind einige Positionen in Ordnung und es ist klar, weshalb es sich um Dienstleistungen Dritter handelt, bspw. die Portokosten. Andere Detailposten sind eher unklar definiert und werden mit Begriffen wie «Strategie», «Management» oder sogar «Dienstleistungen Dritter» bezeichnet. Die RPK wünscht sich, dass einerseits präziser geplant und kommuniziert wird, wofür das Geld budgetiert ist. Andererseits soll man auf der Ebene Dienstabteilung, Departement und Stadt reflektieren, welche Aufgaben stadintern bewältigt werden können und für welche tatsächlich Dienstleistungen Dritter in Anspruch genommen werden müssen. Der zweite Punkt betrifft die Preisanpassungen bei Immobilien Stadt Zürich (IMMO). Der Stadtrat hat mit Stadtratsbeschluss (STRB) Nr. 793/25 im März 2025 festgelegt, dass es eine Neuordnung, Neuberechnung und Zentralisierung

der Mieten, Betriebskosten, Energiekosten, Energierechnungen und Dienstleistungen bei der IMMO gibt. Diese Umstellung erfolgt auf das Budget 2026. Dabei wurde ein eigener und neu vom Gebäudeversicherungswert entkoppelter, kostendeckender Kostenindex geschaffen. Ebenso wurden einheitliche Energietarife festgelegt. Diese werden neu zentral über die Immobilien verrechnet. Die Tarife für die Basismiete und die Energie werden durch den Vorsteher des Hochbaudepartements zentral festgelegt und angepasst. Diese Umstellung führt im Budget 2026 zu grossflächigen Verschiebungen und erschwert die Beobachtung der Kostenentwicklung im Vergleich zu früheren Jahren. Im Informatikbereich ist ein signifikantes Stellenwachstum zu verzeichnen. Aus Sicht der RPK stellt sich einerseits die Frage nach einer vorausschauenden, koordinierenden und kostenbewussten Stellenplanung – auch unter Ausnützung von Synergieeffekten. Andererseits ist nicht wirklich eine Gesamtstrategie des Stadtrats zu erkennen. Dies insbesondere mit Blick auf systemkritische Software und die wachsende Abhängigkeit von einzelnen Anbietern wie SAP. Ein weiterer Punkt ist die neue Dienstabteilung (DA) Sonderpädagogik, für die mit Wirkung per 1. Januar 2026 ein Buchungskreis eröffnet wird. Das haben wir durch den FAP 2026–2029 festgestellt. Die RPK nimmt zur Kenntnis, dass in der Budgetvorlage des Stadtrats inklusive der Nachträge des Novemberbriefs keine Mittelübertragungen zu erkennen sind. Die RPK vermisst eine transparente und zeitnahe Handhabung in Bezug auf den Finanzhaushalt dieses bedeutenden Geschäfts. Insbesondere ist die RPK irritiert, dass man von der offenbar SAP-bedingten Verzögerung um ein Jahr erst auf Nachfrage erfuhr. Es ist uns völlig unklar, wie die DA Sonderpädagogik im Budget aussehen wird und wie man das in der Abhängigkeit von SAP umsetzen will. Ebenfalls irritierte uns, dass bei Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) Abwasser aufgrund der Gebühreneinnahmen und unter Verzicht auf Gebührenreduktionen mit erheblichen Mehreinnahmen budgetiert wurde. Auf Nachfrage wurde der RPK mitgeteilt, dass beim Abwasser weiterhin eine Gebührenreduktion notwendig sei, es dafür aber noch einen Beschluss des Gemeinderats brauche. Aus Sicht der RPK stellt sich die Frage, weshalb diese Rabatte nicht fristgerecht verlängert wurden, damit sie in der aktuellen Budgetvorlage hätten verbucht werden können. Die Anzahl der Anträge im Budget ist mit 108 Anträgen inklusive elf Begleitpostulate weiterhin eher tief. Das spricht dafür, dass sich die RPK auf politisch relevante Anträge konzentrierte.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5530. 2025/590
Erklärung der SP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029

Namens der SP-Fraktion verliest Florian Utz (SP) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2026: Bezahlbare Wohnungen, starke Kaufkraft

Die Stadt Zürich ist finanziell kerngesund. In den letzten 10 Jahren erzielte sie jedes einzelne Jahr – selbst während Covid – einen Überschuss, zuletzt einen solchen von über 500 Millionen Franken. Das Eigenkapital beträgt damit stolze 2.8 Milliarden Franken – und dies, obwohl dabei wertvolle Beteiligungen wie jene an Energie 360° oder die Liegenschaftenbestände der städtischen Wohnbau-Stiftungen nur zum kleinsten Teil berücksichtigt werden. Stark erhöht hat sich in den letzten 10 Jahren auch die Eigenkapitalquote, nämlich auf zuletzt über 23 Prozent.

Der Stadt geht es finanziell so gut wie noch nie. Sie ist also bestens aufgestellt, um das von der SP vorgeschlagene und von der Bevölkerung beschlossene Kaufkraftpaket umzusetzen. Daran ändert auch das vorgesehene Defizit von rund 350 Mio. Franken nichts, da die Rechnung erfahrungsgemäss mindestens 200

Mio. Franken besser abschneidet als das stadtträtliche Budget. In den letzten drei Jahren waren es sogar jeweils zwischen rund 400 und rund 700 Mio. Franken.

So gut es also der Stadt Zürich finanziell geht, so sehr sind Menschen mit wenig Geld und zunehmend auch der Mittelstand unter Druck. Die Krankenkassen, die Kitas und der öV werden jedes Jahr teuer. Und noch viel schneller dreht die Preisspirale bei den Wohnungen: Wer heute in Zürich eine Wohnung sucht, muss ganze 12 Prozent mehr bezahlen als noch vor nur zwei Jahren. So werden immer mehr Zürcher:innen aus ihrer eigenen Stadt verdrängt.

Angesichts der Mietzinsexplosion ist es gänzlich unverständlich, dass der Stadtrat die Investitionen in den Kauf von Wohnungen um 100 Mio. Franken kürzen will. Gerade diese Investitionen kommen nämlich nicht nur der Bevölkerung zu Gute, sondern sie sind auch für die Stadt selber hoch rentabel. Denn die Mieter:innen bezahlen sämtliche Kosten für Zinsen, Unterhalt und Abschreibungen, und umgekehrt kommt die Wertsteigerung der Immobilien vollumfänglich den Steuerzahler:innen zu Gute. Die Kürzungen beim Wohnen schaden also Bevölkerung und Stadtkasse gleichermaßen, und deshalb ist es gut, dass der Gemeinderat sie voraussichtlich korrigieren wird. Wichtig ist, dass diese Investitionen dann auch in der Finanzplanung beibehalten werden. Denn sonst wird der Anteil an Wohnungen mit Kostenmiete noch weiter sinken, was wiederum dazu führt, dass noch mehr Menschen aus unserer Stadt verdrängt werden. Zudem führen höhere Mieten auch zu einer sinkenden Kaufkraft, was dem lokalen Gewerbe direkten Schaden zufügt.

Beim Steuereffuss steht die SP weiterhin für Stabilität und Verlässlichkeit ein. Bezahlbare Mieten, tiefere Kita-Kosten, das VBZ-Abo für 365 Franken sowie die städtische Prämienverbilligung sind ohne Steuererhöhung möglich, und die entsprechenden Volksentscheide müssen nun rasch umgesetzt werden. Umgekehrt ist auch eine Steuersenkung nicht sinnvoll, da eine einprozentige Steuersenkung die Median-Steuerzahlerin und den Median-Steuerzahler gerade mal mit 18 Franken und 72 Rappen entlastet. Das reicht aber hinten und vorne nicht, um den Kaufkraftverlust auszugleichen, den die Bevölkerung in den letzten Jahren erlitten hat. Deshalb ist das Kaufkraftpaket der SP sowohl für Menschen mit wenig Geld als auch für den Mittelstand die sehr viel bessere Lösung als eine Steuersenkung – allein das 365-Franken-Abo bringt jeder Abonnentin und jedem Abonnenten eine Entlastung von 444 Franken. Kein Wunder, ist das Kaufkraftpaket der SP an der Urne eindrücklich bestätigt worden.

5531. 2025/591

Erklärung der FDP-Fraktion vom 10.12.2025: Budget 2026 und FAP 2026–2029

Namens der FDP-Fraktion verliest Martin Bürki (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Vollgas in den Schuldenberg - Nein zur fatalen rot-grünen Finanzpolitik!

Der Stadtrat will weiterhin das Geld mit allen Händen ausgeben und zeigt gleichzeitig das Schreckensszenario einer grossen Verschuldung auf. Statt eines Marschhalts zur nachhaltigen Sicherung des Finanzhaushaltes wird ein weiter so mit einem unkontrollierten Verwaltungswachstum präsentiert.

Wovor die FDP schon seit mehreren Jahren warnt, ist nun eingetroffen; der Stadtrat krebst mit seinen Investitionsvorhaben zurück. Doch, statt echte Verantwortung zu übernehmen und auf die Ausgabenbremse zu treten, bleibt es bei leeren Floskeln.

Die Stadt Zürich hat einen Cashflow von 1 Milliarde, aber Investitionen von 2.2 Milliarden pro Jahr. Somit muss pro Jahr mindestens 1.2 Milliarden Fremdkapital aufgenommen werden. Zu Beginn dieser Legislaturperiode – 2022 – hatte die Stadt Zürich Schulden von knapp 5 Milliarden Franken. Für Ende 2029 plant der Stadtrat mit mehr als einer Verdreifachung: 15,9 Milliarden Franken! Ein solcher Schuldenberg ist schlicht ruinös und am Finanzplatz Zürich wird es gar nicht möglich sein, die geplanten mehreren Milliarden Franken am Kapitalmarkt zu sichern.

Wichtig ist nicht nur die Investitionen neu zu priorisieren, sondern auch den Free-Cashflow zu steuern. Bei den letzten Volksabstimmungen hat die Bevölkerung einem Selbstbedienungspaket der SP zugestimmt. Dadurch verschlechtert sich der Free-Cashflow weiter. Die SP setzt somit auf kurzfristigen Konsum anstatt auf langfristige und sinnvolle Investitionen.

Die FDP hat deshalb unter anderem ein Postulat zur dringenden Priorisierung der Investitionen eingereicht. Wir wollen und können diese fatale Finanzpolitik der aktuellen rot-grünen Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat nicht verantworten, weshalb wir dieses Budget auch entschieden ablehnen, sofern es vom Gemeinderat nicht korrigiert wird.

Es zeigt vor allem aber auch, dass die aktuelle rot-grüne Mehrheit nur daran interessiert ist, hier und jetzt scheinbar positive Signale an ihre Klientel senden zu wollen, indem beispielsweise nur bestehender Wohnraum für teures Geld auf Kosten der Steuerzahler gekauft wird. Staatstragend wäre nachhaltig dafür zu sorgen, dass der heutige Schuldenberg nicht den kommenden Generationen überlassen wird.

5532. 2025/592

**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Zürich 2026: bezahlbare Wohnungen, klimagerecht, solidarisch

Mit dem vorgelegten Budget 2026 zeigt der Stadtrat, dass er weiterhin in eine nachhaltige Zukunft investieren möchte. Aus Sicht der GRÜNEN müssen diese Vorgaben aber verstärkt werden. Daher setzen wir uns in diesem Budget konkret dafür ein, dass die Investitionen in Wohnbau weitergeführt werden, dass der Ausbau von Photovoltaik endlich vorangetrieben wird, und weiterhin genügend Mittel für Bildung wie auch für soziale und humanitäre Aufgaben zur Verfügung stehen.

Investitionen in die Zukunft: bezahlbare Wohnungen, Klimaschutz

Investitionen bleiben der Schlüssel für eine langfristig nachhaltige und soziale Stadt. Wir GRÜNEN beharren auf mindestens dem gleichen Investitionsvolumen für den Kauf von Liegenschaften wie im vergangenen Jahr. Mit diesen Investitionen in die Zukunft kann Zürich langfristig genügend bezahlbaren Wohnraum anbieten und so noch mehr Verdrängung verhindern.

Zugleich erwarten wir, dass die geplante Steuerung der Investitionen berücksichtigt, dass Investitionen in Klimaschutz und Wohnen kein Luxus, sondern zentral für unsere Zukunft sind.

Klimaschutz & Energieumbau

Netto-Null 2040 soll bald erreicht werden – die Stadt muss vorwärts machen. Zürich nutzt das vorhandene Photovoltaikpotenzial nicht ausreichend; wir GRÜNE möchten endlich einen zügigen Fortschritt sehen. Zusätzlich wollen wir GRÜNE neue messbare Kennzahlen zur Entwicklung der Versickerungsflächen, sowie genügend Freiraum in den Quartieren – für Bäume, Schatten und Aufenthaltsqualität, so wie es auch in der BZO vorgegeben wäre.

Humanitäre Hilfe und internationale Verantwortung

Die weltpolitische Lage verschärft sich weiter – Kriege, Vertreibungen und humanitäre Katastrophen nehmen zu. Zürich ist eine globale Stadt und trägt damit Verantwortung. Wir fordern mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, das sind Beiträge, die direkte Wirkung zeigen. Es ist für uns GRÜNE klar, dass sich Zürich als reiche Stadt für Frieden und Menschenrechte einsetzen kann und muss.

Mehr Unterstützung für sozial Schwächere

Wir GRÜNE fordern mehr Ressourcen beim Schulpsychologischen Dienst. Immer mehr Jugendliche benötigen Unterstützung. Dank der Stärkung sollen die Wartezeiten verkürzt und der Zugang verbessert werden.

Für geflüchtete Menschen, die in Zürich ankommen und bei uns leben, sollen menschenwürdigere Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Genügend sanitäre Anlagen, genügend Privatsphäre, eigene Kochmöglichkeiten sollten an und für sich selbstverständlich sein, sind aber lange nicht überall vorhanden.

Zudem beantragen wir, wie auch schon in vergangenen Jahren, dass das Sozialinspektorat abgeschafft werden soll. Wir wollen ein System, das auf Unterstützung statt Kontrolle setzt und Menschen in schwierigen Situationen nicht kriminalisiert.

Zürich 2026: bezahlbare Wohnungen, klimagerecht, solidarisch.

Unsere Anträge im Budget 2026 folgen einer klaren Linie: Zürich soll eine solidarische, ökologische und gerechte Stadt bleiben, und eine Stadt, die jetzt die Investitionen tätigt, welche künftigen Generationen ein lebenswertes Zuhause ermöglichen.

5533. 2025/593

**Erklärung der GLP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der GLP-Fraktion verliest Sven Sobernheim (GLP) folgende Fraktions-
erklärung:

Eine nachhaltige Finanzpolitik für ein lebenswertes Zürich

Investitionen sind nur dann sinnvoll, wenn sie der Zukunft dienen, tatsächlich genutzt werden können und finanziell tragbar sind. Netto-Null, Tagesschule, Velo und Wohnen sind ohne Zweifel wichtige Investitionsbereiche. Wenn jedoch die Verschuldung dafür so stark ansteigt, dass die Zinslast erdrückend wird, sind diese Investitionen nicht mehr nachhaltig – und damit auch nicht mehr sinnvoll. Wird schliesslich nicht einmal mehr jemand gefunden, der Geld leiht, wird das Problem existenziell.

Genau auf diesen Punkt steuern wir zu, auch wenn die linke Ratsseite davor die Augen verschliessen will und weiterhin mit einer falscher Grosszügigkeit Ihre Wählerschaft kauft. Wir müssen unsere Investitionen sorgfältig abwägen, priorisieren und dabei den laufenden Betrieb nicht aus dem Blick verlieren. Auch grundlegende Bereiche wie Sicherheit oder Wasserversorgung sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern müssen verlässlich finanziert sein.

Die GLP begrüsst deshalb die Investitionsbremse, auch wenn der Betrag von 1,5 Milliarden Franken zu hoch angesetzt ist. Ebenso begrüssen wir, dass sich der Stadtrat bereits jetzt Gedanken darüber macht, wie und ob im europäischen Ausland Kredite aufgenommen werden können. Auch hier zeigt sich: Die Schweiz funktioniert langfristig nur im Zusammenspiel mit Europa. Ein funktionierendes Rahmenabkommen mit der EU würde auch in diesem Bereich helfen.

Doch unabhängig davon, woher das Fremdkapital stammt, muss es sinnvoll eingesetzt werden. Es kann nicht sein, dass wir eine Wohnliegenschaft nach der anderen kaufen, Preise bezahlen, die eine mögliche Arealentwicklung bereits einrechnen und diese Arealentwicklung dann nicht umzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass gekaufte Liegenschaften entweder im Baurecht abgegeben werden oder die Arealentwicklung rasch an die Hand genommen wird. Künftige Liegenschaftskäufe sollen sich daher klar auf strategisch wichtige Objekte konzentrieren.

Wir setzen uns für eine nachhaltige städtischen Finanzpolitik ein, in welcher eine längst fällige Steuerreduktion um drei Prozentpunkte möglich und erwünscht wäre. Diese Steuerreduktion stärkt die gesamte Bevölkerung und im Besonderen die lokale Wirtschaft.

Für eine lebenswerte, ökologische und finanziell gesunde Stadt Zürich.

5534. 2025/594

Erklärung der SVP-Fraktion vom 10.12.2025: Budget 2026 und FAP 2026–2029

Namens der SVP-Fraktion verliest Johann Widmer (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Jetzt ist es klar: Linke Finanzpolitik der letzten Jahre führt ins Fiasko

Seit vielen Jahren warnt die SVP vor einer massiven Überschuldung und Überinvestition der Stadt – und wurde dafür verhöhnt. Die vielen überbeuerten Schulhäuser, Sportzentren, Tagesschulen, Veloinfrastrukturen und die Sozialausgaben brechen den städtischen Finanzen das Genick. Was die links-grüne Mehrheit im Gemeinderat an Ausgaben bestellt hat und aller Voraussicht nach noch bestellen wird, führt nun im Budget und im Finanz- und Aufgabenplan zu einem Horrorszenario:

Eine Netto-Neuverschuldung von rund 2 Milliarden Franken pro Jahr gefährdet die Mittelfussrechnung (den Free Cashflow) der Stadt und führt zu einem Investitionsvolumen im zweistelligen Milliarden-Bereich, das nicht durch das reguläre Budget abgedeckt werden kann und grosse Fremdkapitalaufnahmen nach sich zieht. Der, vom Stadtrat am 5. Dezember 2025 vorgeschlagene Zielwert für Investitionen von 1,5 Milliarden pro Jahr führt bis 2035 dennoch zu einem Investitionsvolumen von über 16 Milliarden Franken!

Nach Einschätzung der SVP ist dieses Investitionsvolumen bis 2035 auch bei gleichbleibender sehr guter Wirtschaftslage viel zu hoch und wird die Kreditwürdigkeit der Stadt beeinträchtigen. Der von der SVP geforderte Politikwechsel wird nun dringender denn je.

Der Stadtrat hat zwar endlich eingesehen, eine Investitionsobergrenze einführen zu wollen. Wie er dies aber dem Gemeinderat beibringen will, ist schleierhaft. Die links-grünen Politiker sind im Klima- und Ausgabenwahn und werden sich nicht mässigen. Selbst wenn man die Investitionsvorhaben verzögert umsetzen würde, verschlechtert sich die Schuldenlast der Stadt trotzdem gefährlich. Aus Erfahrung kann gesagt werden, dass Links-Links-Grün die Situation schönreden und in jeder Budgetdebatte wieder massive Forderungen nach immer neuen Investitionen stellen wird.

Die Lage ist derart dramatisch, dass selbst eine Verdoppelung der Steuerbelastung die Situation nicht nennenswert verbessern würde. Die Steuerzahler könnten den von den linken Politikern angerichteten Schaden nicht aus eigener Tasche berappen. Das Problem liegt nicht auf der Einnahmenseite, sondern ist im linken Ausgabenrausch zu finden.

Das Einzige, was die Finanzen der Stadt retten könnte, wäre ein bürgerlicher Finanzvorstand, der weiss, wie man einen Finanz-Haushalt zu führen hat. Die Velo- und Klimaprojekte müssen gestrichen werden. Die

Projekte der teuren Schulhäuser und Sportanlagen müssen sofort gestoppt und besser geplant werden. Die Ausgaben in der Erfolgsrechnung müssen vermindert und die Investitionen auf ein gesundes Mass reduziert werden. Der Mittelabfluss muss aus dem Cashflow gedeckt werden können. Die Nettoneuverschuldung muss per sofort gestoppt werden.

In den letzten Jahren konnte der Finanzvorstand regelmässig einen Ausgabenüberschuss budgetieren, um dann mit einem Ertragsüberschuss in der Rechnung abzuschliessen. Die goldenen Zeiten sind vorbei. Die Auswirkungen des negativen Cashflows werden bereits in der laufenden Rechnung zu spüren sein.

Das Fazit ist klar: die linke Regierung lebt auf Kosten künftiger Generationen, der linke Gemeinderat kennt kein Mass. Ein Politikwechsel ist dringend nötig, um die Stadt Zürich vor dem sicheren finanziellen Untergang zu retten.

5535. 2025/595

**Erklärung der Die Mitte/EVP-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der Die Mitte/EVP-Fraktion verliest Markus Haselbach (Die Mitte) folgende Fraktionserklärung:

Auswirkungen von links-grünen Wünschen werden ersichtlich – eine Steuersenkung bleibt immer noch möglich

Das vom Stadtrat vorgestellte Budget 2026 inklusive Novemberbrief weist ein Defizit aus von 378 Millionen Franken und somit deutlich mehr als im Vorjahr. Die Fraktion Die Mitte – EVP stellt fest, dass nun die Kostenfolgen von übertriebenen Forderungen der links-grünen Mehrheit deutlich im Budget sichtbar sind. Gemeint sind zusätzliche Beratungsangebote, Pilotversuche und auch das Anfordern von Berichten und Gutachten. Dies bewirkt höhere Personalkosten, wie auch Mehrkosten für externe Beratungen. Mit verschiedenen Kürzungsanträgen versucht die Mitte - EVP Fraktion dies zu korrigieren.

Wir anerkennen, dass in einzelnen Departementen mit der steigenden Bevölkerungszahl bspw. bei der Schule neue Stellen geschaffen werden müssen. Komplett inakzeptabel ist aber, dass in den meisten anderen Departementen ebenfalls der Stellenplan erhöht wird und somit die Personalkosten um insgesamt rund 4.3% steigen. Die Überprüfung der Notwendigkeit dieser Stellen ist unerlässlich, damit mindestens ein Teil des Zuwachses gestrichen werden kann. Die Digitalisierung und die Automatisierung müssen zwingend dazu einen Beitrag leisten. Die Mitte – EVP-Fraktion unterbreitet dem Gemeinderat in der Budgetdebatte mehrere Anträge, um dieses Sparpotential auszuschöpfen.

Die Investitionen sollen Rekord hohe 2.2 Milliarden Franken erreichen. Das Bevölkerungswachstum bedingt einen gezielten Ausbau der Infrastruktur, wir begrüssen, dass diese kontinuierlich Instand gehalten wird. Jedoch muss beim Kauf von Liegenschaften bewusst gebremst werden. Der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad von 21% ist wiederum völlig ungenügend. Das stark steigende Verwaltungsvermögen bewirkt wegen der Fremdfinanzierung nicht nur höhere Zinskosten, sondern auch höhere Abschreibungen, die 2026 bereits 690 Millionen Franken erreichen.

Die längerfristige Finanzplanung bis 2029 zeigt, dass auch bei ausgeglichener Rechnung die langfristigen Schulden stark zunehmen. Der Stadtrat hat erkannt, dass dies langfristig zu einem Problem werden kann. Seine Ankündigung, das Gesamtvolumen der Investitionen zukünftig zu beschränken, die Vorhaben zu priorisieren und eine Investitionsobergrenze zu setzen, begrüsst die Mitte – EVP-Fraktion. Der Zielwert von 1.5 Milliarden Franken scheint uns sinnvoll, die Erreichung des Zielwerts erst 2029 jedoch erstaunlich spät. Zu erwarten ist, dass die Rechnung 2026 schlussendlich wieder mehrere 100 Millionen Franken besser abschliessen wird als budgetiert. Aus Sicht der Fraktion Die Mitte – EVP sind die Finanzen der Stadt Zürich - insbesondere auch dank der geplanten Plafonierung der Investitionen - robust und solide. Kürzlich gefällte Volksentscheide bewirken leider, dass Teile der Steuereinnahmen zukünftig nach Giesskannenprinzip an breite Bevölkerungsteile verteilt werden. Trotzdem sehen wir auch dieses Jahr unter Berücksichtigung der tatsächlichen Rechnungsergebnisse der letzten Jahre Spielraum für eine moderate Senkung des Steuersatzes, um die Attraktivität der Stadt Zürich für die Bevölkerung wie auch für grosse und kleine Unternehmen zu erhalten. Setzen wir dieses Zeichen!

5536. 2025/596

**Erklärung der AL-Fraktion vom 10.12.2025:
Budget 2026 und FAP 2026–2029**

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Eine Stadt, die wir uns leisten können

In den letzten Jahren hat der Stadtrat zu einem zentralen Aspekt unseres gesellschaftlichen Miteinanders seine Aufgabe verschlafen. Seit Jahren verlieren wir bezahlbaren Wohnraum. Ganze Stadtkreise entwickeln sich zu Marktplätzen, wo kommerzielle Anbieter*innen Wohnungen in Business Apartments zweckentfremden und mit Kurzzeit-Vermietungen obszöne Profite einsacken. Die Exekutive schaut zu, statt zu handeln.

Der Stadtrat hat auch dabei versagt, Grossinvestor*innen auf dem Wohnungsmarkt in die Pflicht zu nehmen. Mit der kommenden Revision der Bau- und Zonenordnung sollen sie endgültig verpflichtet werden, substanzielle Anteile an dauerhaft preisgünstigen Wohnungen zu erstellen. Sie müssen endlich ihren Teil zum Drittelsziel gemeinnütziger Wohnungen beitragen: Die AL wird nicht ruhen, bis das geschieht!! Denn Liegenschaften kaufen ist bei weitem keine ausreichende Strategie!

Eine Finanzplanung, die ihren Namen verdient, ist nicht nur eine Zahlensammlung, sondern bringt zum Ausdruck, wo wir Prioritäten setzen, um den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft zu gewährleisten. Die bauliche Verdichtung betrifft zu grossen Teilen Quartiere, in denen vor allem die ärmere Hälfte der Bevölkerung ihr Zuhause hat. unsere politische Sorge muss zuvorderst diesen Menschen gelten, gerade jetzt, da wir vor wichtigen Entscheidungen stehen, wo und wie wir die nicht unbegrenzt vorhandenen städtischen Mittel in den kommenden Jahren einsetzen wollen. Die AL verlangt eine Finanzplanung, die Nachhaltigkeit über Wachstum, Solidarität über Einzelinteressen, Inklusion aller Menschen über den Ausschluss von ganzen Gesellschaftsschichten stellt. Das Stillen kollektiver Grundbedürfnisse muss ins Zentrum gerückt werden. Preisgünstiges Wohnen sowie starke Service-Public-Leistungen in Gesundheit, Bildung und Mobilität sind das Fundament unserer Stadt. Faire Löhne und Arbeitsbedingungen stärken unsere Gesellschaft.

Wir fordern, dass die Gentrifizierungs-Renditen aus den reichlich fliessenden Grundstücksgewinnsteuern über gezielte soziale Investitionen wieder der Öffentlichkeit zukommen. Aus dem Rekordgewinn 2024 des städtischen Elektrizitätswerks sollen 80 Millionen als einmalige Volksdividende an die Kund*innen in der Grundversorgung rückverteilt werden. Für über 90 Prozent der Steuerpflichtigen bringt das mehr als eine 3- Prozent Steuerfuss-Senkung. Das stärkt hauptsächlich die Kaufkraft der finanzschwachen Haushalte und belastet das Steuersubstrat der Stadt Zürich nicht über Jahre wie die von der SP forcierten Mittelstands-Konsum-Subventionen bei ÖV-Tickets und Krankenkassenprämien. Diese zürcherische Variante der «Zugisierung» lehnen wir komplett ab. Unsere Ansätze zur Umverteilung sind gezielt und finanziell tragbar. Kurz: Sie sind radikal sozial und ermöglichen eine Stadt, die wir uns leisten können!

Persönliche Erklärung:

Sanija Ameti (Parteilos) hält eine persönliche Erklärung zum Untergang der liberalen Demokratien in Europa.

5529. 2025/390

**Weisung vom 10.09.2025:
Finanzverwaltung, Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029**

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Obwohl man zum Teil etwas anderes hörte, muss man klar festhalten, dass es der Stadt Zürich nach wie vor gut geht. Die Rechnungsabschlüsse waren in den letzten Jahren positiv. Wir haben den erwähnten Cashflow von 1 Milliarde Franken, der in den letzten Monaten in der politischen Wahrnehmung eine neue Bedeutung gewonnen hat. Wir haben auch immer noch das AAA-Rating. Von der Panik, die ich teilweise höre, kann keine Rede sein. Umgekehrt ist es aber so, dass die Verschuldung in den nächsten Jahren stark steigen wird – wenn nicht korrigierend eingegriffen wird. Der Grund dafür sind die stark ansteigenden Investitionen. Sie haben sich von einem Niveau von 1 Milliarde Franken kontinuierlich erhöht. Bis Mitte der 2030er-Jahre werden sie sich*

bei 2,5 Milliarden Franken einpendeln. Das heisst, es gibt eine Lücke, die man fremd finanzieren muss. Darum hat der Stadtrat einen Zielwert für die Investitionen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken ab dem Budget 2029 festgelegt. Bei den Investitionen kann man nicht kurzfristig eingreifen. Man kann nicht etwas stoppen, woran man bereits baut. Deshalb gilt der Zielwert nicht für dieses Jahr. Das Budget wurde zu einem Zeitpunkt abgeschlossen, als die Entscheide noch nicht gefällt waren. Investitionen muss man langfristig anpacken, damit keine Investitionsruinen geschaffen und keine Planungskosten vernichtet werden. Es ist klar, dass einige Anträge im Widerspruch zu diesem Zielwert stehen. Der Stadtrat will mit diesem Zielwert den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt Zürich stärken. Wir blicken weit voraus. Ich orientiere mich an einer Aussage von Bill Clinton, dass es die Kunst der Politik sein müsse, Probleme gar nicht erst entstehen zu lassen. Deshalb muss man heute anfangen zu handeln. Aber der Pleitegeier kreist nicht über der Stadt. Zürich ist attraktiv – vielleicht manchmal fast zu attraktiv. Die Stadt soll für alle Menschen, die hier leben und die Unternehmen, die hier wirtschaften, attraktiv bleiben. Die Vorstellungen, was es für eine lebenswerte Stadt braucht und was man sich leisten kann, gehen auseinander und werden in diesem Saal demokratisch ausgehandelt. Es ist mir ein Anliegen, dass man den Zielwert mit Blick auf zwei Dinge anschaut: Einerseits ist er immer noch 500 Millionen Franken höher als das, was wir bis im Jahr 2021 jährlich investiert haben. Andererseits ist der Wert höher als der Cashflow. Dieser wird nicht im gleichen Ausmass steigen. Es wird also bei der Verschuldung bleiben. Aber es gibt immer noch Spielraum für die Gestaltung unserer Stadt.

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum FAP und zum Änderungsantrag FAP:

Sven Sobernheim (GLP): Eine Mehrheit der RPK beantragt, den FAP wie vorliegend zur Kenntnis zu nehmen. Er entspricht dem, was wir erwartet haben.

Johann Widmer (SVP): Der FAP deckt eine Zeitspanne von vier Jahren ab. Angesichts enormer Investitionen in Klimawahnmassnahmen, monströse Fernwärmeprojekte, über-
teuerte Schulhäuser und Tiefbauten, Velorouten-Flickwerke und übereilte Tramprojekte ist diese Zeitspanne deutlich zu kurz. Von gesunden Finanzen zu sprechen, zeugt von einer Vogel-Strauss-Politik. Der vorliegende FAP zeigt das immer gleiche Bild: Beim Ausgabenwahn der Sozialisten ist kein Ende absehbar. Friedrich August von Hayek sagte einmal: «If socialists understood economics, they wouldn't be socialists». Aus diesem Grund trage ich dieses Sweatshirt während der ganzen Budgetdebatte. Das Zitat fasst die Gründe der katastrophalen Lage der städtischen Finanzen perfekt zusammen. Es handelt sich um einen FAP von Sozialisten für Sozialisten.

Felix Moser (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2025/557 (vergleiche Beschluss-Nr. 5458/2025): Mit dem Postulat fordert eine breite Mehrheit der Parteien den Stadtrat auf, dem Gemeinderat künftig eine langfristige und transparente Übersicht über die Investitionsplanung über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung ist nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Die Stadt investiert enorm viel: in Schulen, Infrastruktur, Energie, Mobilität, Digitalisierung oder Wohnbau. Die Investitionen prägen unseren Finanzhaushalt über Jahrzehnte. Der Stadtrat kündigte an, dass er die Investitionen stärker steuern wolle und legte einen Zielwert von 1,5 Milliarden Franken pro Jahr fest. Das führt zu langfristigen Verbindlichkeiten. Der Gemeinderat muss diese verstehen, beurteilen und – soweit er das kann – steuern können. Bisher erhielten wir im FAP eine Planung über drei Jahre. Das reicht nicht. Der Stadtrat sagt selber, er werde künftig langfristiger planen. Wenn wir als Gemeinderat seriös mitdiskutieren und mitentscheiden möchten, brauchen wir frühzeitig eine Übersicht

über die Verpflichtungen, den Free Cashflow, die Entwicklung der Verschuldung und die vorgesehenen Investitionen. Das wird sicher noch zu reden geben, vor allem, wenn gewisse Themenbereiche oder Investitionen beschränkt werden sollen. Das Thema einer allfälligen Förderung oder Beschränkung gewisser Bereiche liessen wir im Postulat bewusst weg, um eine möglichst grosse Mehrheit im Gemeinderat zu erreichen. Wir möchten mit dem Postulat sicherstellen, dass der Gemeinderat richtig und zeitnah informiert wird. Der Vorstoss stärkt die Transparenz, Planbarkeit und demokratische Kontrolle.

Florian Utz (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2025/557 und begründet diesen: Die SP teilt die Einschätzung der Postulantinnen und Postulanten in zwei Punkten. Erstens möchten auch wir gesunde Finanzen. Zweitens soll der Gemeinderat informiert werden. Gesunde Finanzen sind für uns kein Selbstzweck. Sie dienen dazu, Investitionen und Ausgaben im Interesse der Bevölkerung nachhaltig finanzieren zu können. Aus unserer Sicht ist das Postulat in der aktuellen Version aus drei Gründen problematisch. Erstens verlangen die Postulant*innen eine Investitionsobergrenze, die eingehalten werden soll. Mir ist unklar, was das Postulat verlangt, nachdem der Stadtrat keine Investitionsobergrenze beschlossen oder zumindest nicht kommuniziert hat. So wie ich die Medienmitteilung verstanden habe, wurde ein Ziel beschlossen. Mir ist auch nicht klar, ob sich das Ziel auf die Rechnung oder das Budget bezieht oder auf die Netto- oder Bruttoinvestitionen. Es ist nicht seriös, wenn man die Einhaltung einer Investitionsobergrenze fordert, die so nie beschlossen wurde und deren Höhe und weitere Modalitäten zum Zeitpunkt des Postulats noch gänzlich unklar sind. Zweitens gibt es im Postulat keinerlei Unterscheidung zwischen Investitionen, die sich refinanzieren und solchen, die sich nicht refinanzieren. Es ist aus finanzieller Sicht ein massiver Unterschied, ob in eine Wohnung investiert wird, wo durch die Mieten sämtliche Kosten zurückkommen oder in ein Schulhaus. Drittens stört uns, dass nur von finanziellen Aspekten die Rede ist und nie davon, was finanziert werden soll. Der SP ist es wichtig, dass man die Volksentscheide für bezahlbare Wohnungen, Netto-Null und die Tagesschulen umsetzt. Deshalb fordern wir, dass der Stadtrat mit diesem Bericht darlegen soll, dass und wie die nötigen Investitionen finanziert werden. Der Anfang des Postulats ist unverändert. Am Ende des zweiten Satzes möchten wir «die Investitionsobergrenze» streichen und stattdessen festhalten: «Dabei soll auch aufgezeigt werden, dass die Investitionsplanung sicherstellt, dass die erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Volksentscheide zu Netto-Null, zum Drittelsziel und zu den Tagesschulen getätigt werden.» Wird die Textänderung nicht angenommen, lehnen wir das Postulat ab.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat GR Nr. 2025/569 (vergleiche Beschluss-Nr. 5499/2025): Beim Wohnen drückt der Bevölkerung der Schuh. Allein in den letzten zwei Jahren stiegen die Angebotsmieten in der Stadt um 12 Prozent. Wer heute eine Wohnung sucht, muss 12 Prozent mehr als vor zwei Jahren zahlen. Das führt nicht nur zur Verdrängung ärmerer Menschen, sondern zunehmend auch zur Verdrängung des unteren und mittleren Mittelstands. Ein probates Mittel, um das Drittelsziel umzusetzen, ist der Kauf von Liegenschaften. So kann sichergestellt werden, dass die gekauften Wohnungen langfristig bezahlbar vermietet werden. Der Gemeinderat legte diese Investitionen in der letzten Budgetdebatte auf 600 Millionen Franken pro Jahr fest. Der SP ist es wichtig, dass diese Investitionen auch in Zukunft in der Investitionsplanung beibehalten werden. Sie schützen nicht nur die Mieterinnen und Mieter vor einer zunehmenden Verdrängung, sondern sind auch für die Stadtkasse nicht belastend. Auf die lange Sicht sind sie sogar rentabel. Die Idee der Kostenmiete besteht darin, dass alle Kosten, die bei der Stadt für Zinsen, Unterhalt oder Abschreibungen anfallen, von den Mieterinnen und Mietern refinanziert werden. Die Steuerzahler werden nicht belastet. Gleichzeitig partizipiert die Stadtkasse in vollem Umfang an der Wertsteigerung der Liegenschaften. Wenn die Stadt seit dem Volksentscheid zum Drittelsziel jedes Jahr für 500 Millionen

Franken Liegenschaften gekauft hätte, hätten wir inzwischen einen Aufwertungsgewinn bzw. stille Reserven in der Höhe von 4,16 Milliarden Franken. Das zeigt, dass die Käufe für die Stadt rentabel sind. Gleichzeitig wird das Hauptziel bezahlbarer Wohnraum erreicht. Der Stadtrat soll bei der Investitionsplanung weiterhin einen Betrag von mindestens 600 Millionen Franken berücksichtigen; aus Sicht der SP dürfte es auch mehr sein.

STR Daniel Leupi: *Befragungen zeigen, dass das Thema Wohnen die Bevölkerung am meisten bewegt. Der Kauf von Liegenschaften kann zweifellos einen Beitrag leisten. Aber es macht keinen Sinn, eine staatliche Aufgabe zu Lasten von allem anderen zu überpriorisieren. Deshalb lehnt der Stadtrat das Postulat ab. Ich bin froh, dass ich von Florian Utz (SP) gehört habe, dass es sich langfristig rechnet. Wir sprechen von 70 Jahren. Es gibt Liegenschaften, bei denen wir das Potenzial nicht ausnutzen oder die wir nicht sanieren können. Dort entstehen Kosten, die nicht zurückkommen – das wird häufig ausgeblendet. In Zeiten stark wachsender Investitionen muss man Prioritäten setzen. Da ist es nicht schlau, sich bei einem Thema jeden Handlungsspielraum zu nehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): *Das Postulat zeigt, dass die SP überhaupt kein Mass mehr hat. Sie hat keinen Boden mehr unter den Füßen und ist in ihrer «Sozi-Blase» gefangen. Sie will pro Jahr 0,6 Milliarden Franken für Liegenschaftskäufe, 0,3 Milliarden Franken fürs Fernwärmenetz, 0,5 Milliarden Franken für Klimawohnprojekte, 0,1 Milliarden Franken für die Veloinfrastruktur, 0,5 Milliarden für Schulhäuser, Sportanlagen, Wohnungsbau oder andere Sachen. Damit sind mehr als 2 Milliarden Franken pro Jahr ins Budget oder den FAP geschrieben. Wo wollt ihr mindestens 0,5 bis 0,8 Milliarden Franken nicht investieren? Bei den Schulkindern, beim Fernwärmenetz, bei Liegenschaftskäufen, bei der Veloinfrastruktur? Doch lieber beim Klimawohn, der nützt uns allen am wenigsten.*

Sven Sobernheim (GLP) *ist mit der Textänderung zum Postulat GR Nr. 2025/557 nicht einverstanden: Im Postulat geht es um Transparenz und nicht um eine inhaltliche Debatte, darum lehnen wir die Textänderung ab. Zum Wohnvorstoss der SP: Wir müssen die Investitionen abwägen. Dass man jetzt schon etwas aus der Güterabwägung rausnehmen will, ist absurd. Dass man gerade das herausnehmen will, das am flexibelsten gehandhabt werden kann, macht es erst recht absurd. Wie in der Fraktionserklärung dargelegt, braucht es die Arealentwicklungen, damit es langfristig rentiert. Ich bin nicht sicher, ob die Arealentwicklungen von euch mitgetragen werden. Diesen Test macht der Stadtrat hoffentlich nächstes Jahr, indem er uns eine dieser Arealentwicklungen vorlegt.*

Përparim Avdili (FDP): *Sven Sobernheim (GLP) hat ein gutes Votum gehalten. Ich bin gespannt, wie sich die GLP bei den Anträgen der FDP verhält. Wir werden – entgegen der Realitätsverweigerung der SP – langfristig ein Investitions- und Finanzierungsproblem haben. Die FDP warnte frühzeitig davor, unnötige Investitionen zu tätigen und einen Schuldenberg für die nächsten Generationen aufzubauen. Obwohl der Stadtrat inzwischen anerkennt, dass wir ein Investitionsproblem haben werden, fehlt ihm der Mut, konkret zu werden. Er müsste hinstehen und zugeben, dass die Strategie, bestehenden Wohnraum für viel Geld zu kaufen, gescheitert ist. Wir haben das Wohnproblem immer noch nicht gelöst und sogar noch Schulden angehäuft. Die FDP fordert, dass die Liegenschaftskäufe auf null reduziert werden. In einem Begleitpostulat fordern wir, dass eine Repriorisierung mit konkreten Massnahmen eingeleitet wird. Der Stadtrat ist stolz auf das AAA-Rating. Es stellt sich aber die Frage, wie lange noch. Der Vorstoss der SP ist mehr als Realitätsverweigerung. Anstatt mehr Wohnraum will man mehr Vorgaben schaffen. Anstatt Wohnraum für Familien zu schaffen, will man keine Einkommenslimiten definieren. Anstatt einen Mehrwert für alle in der Stadt zu schaffen, schafft man vor allem mehr Schulden. Deshalb lehnen wir den FAP und auch den Vorstoss der SP ab.*

Lara Can (SP): Vor nicht einmal zwei Monaten konnte man in einer Medienmitteilung des Stadtrats lesen, dass die Ratingagentur der langfristigen Bonität der Stadt Zürich Bestnoten gibt: «Der Ausblick bleibt stabil.» Damit ist schwarz auf weiss festgehalten, was man auch in den Büchern sieht. Die Stadt ist finanziell kerngesund. Wir können momentan zu sehr guten Konditionen Fremdkapital aufnehmen und die Zinsbelastung ist tief. Das war schon so, bevor der Stadtrat letzte Woche das neue Investitionsziel kommunizierte. Dieses Ziel basiert auf Grundlagen, die nicht öffentlich verfügbar sind. Dass man Ankündigungen mit so weitreichenden und langfristigen Konsequenzen unter Ausschluss der Öffentlichkeit fällt, ist schwer nachvollziehbar. Dass nicht einmal die RPK diese Berichte vor dem Entscheid und für die Vorbereitung der Budgetdebatte sehen konnte, finde ich extrem problematisch. Das verunmöglicht der Aufsichtskommission eine saubere Arbeit. Der Stadtrat argumentierte, das neue Investitionsziel habe keinen Einfluss auf das Budget und den FAP. Aber aus den bisherigen Voten und in der Beratung wird schnell klar werden, dass sehr viele der aktuellen Fragen und Überlegungen vom Thema Schulden beeinflusst sind. Ich habe meine Meinung auf Grundlage der verfügbaren Informationen gebildet. Diese zeichnen nicht das Bild einer Stadt kurz vor der Krise. Sie zeichnen das Bild einer Stadt mit einer halben Milliarde Franken Überschuss im letzten Jahr, stetig steigenden Steuereinnahmen und so viel Eigenkapital wie noch nie zuvor. In so einer Stadt ein Investitionsziel einzuführen, das schlimmstenfalls dringend notwendige Investitionen in die Bekämpfung der Klima- oder Wohnungskrise einschränkt, ist schwer nachvollziehbar. Für die SP ist klar, dass die Stadt ihren finanziellen Spielraum ausschöpfen muss, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, um das Fernwärmenetz auszubauen und eine Solaroffensive zu starten. Natürlich werden wir die Grundlagen des Stadtrats, die zu diesem neuen Investitionsziel führten, sorgfältig prüfen. Seit vorgestern sind die Berichte für die RPK unter Geheimhaltung verfügbar. Wenn es eine Priorisierung zukünftiger Investitionen braucht, ist für uns aber jetzt schon klar, dass bezahlbarer Wohnraum und Klimaschutz nicht zurückgestellt werden dürfen.

Tanja Maag (AL): Die Stadt Zürich geht mit einer sehr guten finanziellen Ausgangslage in das Jahr 2026. Diese Einschätzung teilt auch eine externe Expertengruppe. Ich bin ebenfalls nicht glücklich, dass uns die Berichte nicht zur Verfügung stehen und auch der RPK erst seit kurzem. Was aber die Investitionstätigkeit anbelangt, muss man aufmerksam sein. Wir befinden uns in einem gewaltigen Investitionsanstieg. Das liegt u. a. daran, dass wir unsere Stadt für Netto-Null bis im Jahr 2040 fit machen müssen. Das ist für die Bürgerlichen kein Schwerpunkt. Wer aber in die Zukunft denkt, weiss, dass die Anpassungen bspw. in der Fernwärmeversorgung absolut notwendig sind. Gleichzeitig haben wir ein anhaltendes massives Problem mit nicht bezahlbarem Wohnraum. Die AL malt nicht Schwarz. Aber wir wissen, dass Geld nicht vom Himmel fällt. Der Mittelabfluss aus Investitions- und Anlagetätigkeiten beläuft sich im Budgetjahr auf rund 2,2 Milliarden Franken. Das muss finanziert werden. Das führt zu Kapitalaufnahmen, die wir langfristig stemmen müssen. Über die nächsten Planjahre hinaus zeigt sich, dass man nur einen Teil aus dem laufenden Geldfluss finanzieren kann. Das sind keine Märchen. Diese Informationen stammen aus dem Budget. Bei einer wirtschaftlichen Stagnationsperiode, einem Zinsanstieg oder wenn uns der Kanton zusätzliche Lasten aufdrückt, müssen wir dafür sorgen, dass wir einen Puffer haben. Investitionen sind Aufwendungen, die später einen Nutzen bringen. Es zeichnet sich aber eine schwierige Phase ab, bis diese Refinanzierung stattfindet. Deshalb können wir nicht alles in den Wind schlagen, was wir an Eckdaten sehen. Man kann verschiedene Lösungen anvisieren. Wir verlangen eine Auslegeordnung und eine strategisch kluge Planung, die auf Grundbedürfnisse fokussiert. Wir erwarten auch Transparenz. Deshalb sind wir für das RPK-Postulat. Florian Utz (SP) geht davon aus, dass wir dort eine Investitionsobergrenze definieren. Dem ist nicht so.

Wir möchten einfach, dass es transparent festgeschrieben ist, falls eine solche in Zukunft existieren sollte. Die dazugehörigen Überlegungen und Priorisierungen gehören in den FAP. Die Planung muss über mehr als drei Planjahre nachvollziehbar sein.

Felix Moser (Grüne): *Das Postulat fordert einen Bericht und keine Investitionsobergrenze. Zum zweiten fordern wir einen Bericht über eine allfällige Investitionsobergrenze, falls der Stadtrat diese beschliessen sollte. Zum damaligen Zeitpunkt sprach man noch von einer Obergrenze inzwischen von einem Zielwert. Das aktuelle Budget beinhaltet Investitionen in der Höhe 2,4 Milliarden Franken – 1,9 Milliarden Franken im Verwaltungsvermögen und 500 Millionen Franken für das Wohnen. Das wird noch mehr, wenn man den Anträgen zustimmt. Diese Investitionen sollen langsam sinken. Für die Beratung des Budgets und des FAP brauchten wir diese Informationen nicht, weil sie nicht eingeflossen sind. Der Stadtrat beschloss das erst letzte oder vorletzte Woche. Das Budget 2026 liegt aber schon seit September 2025 vor. Deshalb sehe ich kein grosses Problem darin, dass wir erst vor zwei Wochen über die Investitionszielwerte informiert wurden, die ab dem nächsten Budget greifen sollen. Im Textänderungsantrag der SP werden drei Punkte definiert, die auf Volksentscheiden basieren und nicht verändert werden sollen. Es gibt aber noch andere Volksentscheide, bspw. die Krippenförderung. Ich finde diese Einschränkung falsch. Deshalb ist mir eine Auslegeordnung lieber. Zum Postulat der SP: Wohnen ist im Moment ein sehr grosser Teil der Investitionen und der Hauptgrund, weshalb sie so angestiegen sind. Die Grünen finden es wichtig, dass weiterhin genügend Mittel für Investitionen in den Wohnbau zur Verfügung stehen. 600 Millionen Franken für die nächsten Jahre scheinen uns angemessen. Wir unterstützen das Postulat. Wir gehen davon aus, dass auch die anderen Bereiche angeschaut werden. Uns liegt insbesondere Netto-Null am Herzen. Wir verzichten aber darauf, konkrete Vorgaben zu machen. Das macht keinen Sinn, bevor man es nicht seriös angeschaut hat.*

Dr. Florian Blättler (SP): *Es ist nicht meine erste Budgetdebatte. Aber dieses Jahr bin ich ernsthaft irritiert über das Verhalten des Stadtrats. Das Budget liegt – wie in allen liberalen Demokratien – in der Hoheit des Parlaments oder der Stimmbevölkerung. Das bedeutet nicht, dass sich der Stadtrat raushalten soll. Im Gegenteil: Wir sind auf Grundlagen von Verwaltung und Stadtrat angewiesen, damit wir unsere Arbeit erledigen können. Der Stadtrat machte sich zu Investitionen und Verschuldung Gedanken und gab Studien dazu in Auftrag. Ratsmitglieder wurden unter Geheimhaltung und ohne die Studie je zu sehen, darüber informiert. Es handle sich um interne Dokumente des Stadtrats, die für die Budgetdebatte irrelevant seien. Gleichzeitig sagt der Stadtrat in Interviews, man solle bei den Investitionen kürzen und veröffentlicht seinen Entscheid nicht einmal eine Woche vor der Budgetdebatte. Das Ziel war klar: Der Stadtrat und nicht der Gemeinderat setzt das Thema der Budgetdebatte. Der Stadtrat sorgt bei uns für eine Schweigepflicht und bei sich selbst für einen Wissensvorsprung, indem er die Studie unter Verschluss hält. Es ist ein Muster, das sich schon länger abzeichnet. Einige Stadtratsmitglieder würden sich wünschen, dass wir das Budget einfach abnicken; andere halten unsere Debatte seit dem neuen kantonalen Gemeindegesetz für eine folkloristische Veranstaltung und rechtlich nur teilweise bindend. Ich sehe das anders. Die eine der beiden Studien prophezeit den Untergang der Stadt Zürich. Alles ohne Belege und nur basierend auf ein paar Gesprächen. Die zweite Studie ist etwas differenzierter und denkt in Szenarien. Sie warnt nicht direkt vor einem Untergang. Sie zeigt ein Szenario, das der Stadtrat immer wieder unterschlägt: Dass selbst bei den sehr schwarzmalerei-schen Zahlen des Stadtrats Investitionen auf dem aktuellen Niveau für die Stadt machbar sind. Die Rahmenbedingung für dieses Szenario ist, dass die Rechnungen der nächsten zehn Jahre um jeweils 0,5 Prozent besser werden. Das heisst, leicht höhere Einnahmen oder leicht tiefere Ausgaben wären nötig. Es ist natürlich einfacher, bei den Investitionen zu kürzen, weil erst die nächste Generation fehlende Investitionen merkt. Einsparungen hingegen müssten heute gemacht werden. Seit dem Jahr 2019 steigen*

unsere Steuereinnahmen, Lohnkosten und Nettoausgaben Hand in Hand ziemlich exakt um 4 Prozent. Es gibt Punkte, die überdurchschnittlich steigen, beispielsweise IT-Ausgaben, Human Resources oder externe Berater. Zusammenfassend lässt sich festhalten: Investitionen auf dem heutigen Niveau sind stemmbar, wenn wir wollen. Ich fordere daher eine ganzheitliche Betrachtung mit Einbezug des Gemeinderats, der immer noch die Budgethoheit besitzt. Kürzen wir heute und in Zukunft nicht Investitionen für die Zukunft.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Fraktion Die Mitte/EVP ist generell sehr daran interessiert, langfristige Finanzinformationen zu erhalten. Der FAP geht zu wenig weit, wenn man damit Projekte beschliesst, die Ausgaben über Jahrzehnte bewirken. Deshalb finden wir es wichtig, dass wir eine Planung für zehn Jahre sehen. Der Gemeinderat kann Probleme besser sehen, bevor sie auftauchen, wenn er sehr gute Informationen hat. Generell kann man sagen, dass es in Zukunft finanziell schwieriger wird, weil der Gemeinderat und das Volk sehr viele neue Ausgaben beschlossen haben, die jedes Jahr anfallen. Mit dem höheren Verwaltungsvermögen werden auch die Abschreibungen immer höher. Vom Free Cashflow geht also bald alles für die Abschreibungen weg und einen Reingewinn wird man bald nicht mehr ausweisen können. Unser Anliegen ist es, Informationen zu erhalten. Es sollen noch keine politischen Forderungen eingebracht werden. Die Textänderung der SP will festschreiben, wofür viel ausgegeben werden soll. Deshalb lehnen wir die Textänderung ab und nehmen das Postulat ohne Textänderung an. Das Postulat der SP, das für den Immobilienkauf 600 Millionen Franken reserviert, lehnen wir ab. Wir möchten das nicht langfristig vorgeschrieben haben. Wir möchten zuerst wissen, was überhaupt möglich ist. Andererseits hängt es auch vom Markt ab.

Tanja Maag (AL): Die Bürgerlichen tragen nicht viel zur Sicherstellung von preisgünstigem Wohnraum bei. Das zeigte sich am letzten Abstimmungswochenende. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Zürich weiterhin Schwerpunkte setzt. Bei Liegenschaftskäufen geht es darum, Land der Spekulation zu entziehen. Wenn es um das Tempo und die Quantität geht, sind wir mit der SP nicht immer einig. Es stimmt auch nicht, dass Käufe die Steuerzahler*innen nicht belasteten. Ertragsseitig lässt sich die Selbstfinanzierung nur mit Überschüssen hochhalten. Die Steuerzahler*innen leisten also ihren Anteil dazu. Aber das ist auch nicht verkehrt. Die erworbenen Liegenschaften gehören der öffentlichen Hand, was sich längerfristig lohnt. Die AL hätte gut mit dem Betrag des Stadtrats leben können. Wir boten aber grosszügigerweise Hand, um unser Commitment zum Drittelsziel zu signalisieren. Wie bekannt, entscheidet der Stadtrat, wie viel er in den Liegenschafts Kauf investieren will. Postulate dazu sind symbolisch. Wir gehen davon aus, dass das Wort «mindestens» im Ingress nicht wortwörtlich ausgelegt wird.

Florian Utz (SP): Es braucht beim Wohnen selbstverständlich noch andere Massnahmen. Die AL und die Grünen zeigten sich beim Postulat zur Investitionsplanung erstaunt darüber, dass ich eine Investitionsobergrenze erwähne. Deshalb weise ich noch mal auf den Wortlaut des Postulats hin: «Insbesondere soll die Einhaltung der allfälligen Investitionsobergrenze nachgewiesen werden.» Es handelt sich also nicht um eine Erfindung oder bösartige Interpretation. Ich bin froh um die Klarstellung, dass weder AL noch Grüne eine Investitionsobergrenze fordern, sondern einfach Zahlen, Daten und Fakten. Dagegen haben wir nichts. Die Mehrheit im Rat fordert vom Stadtrat also keine Investitionsobergrenze. Felix Moser (Grüne) fragte, weshalb wir mit der Textänderung genau diese drei Volksentscheide berücksichtigten. Der Grund ist, dass diese drei Bereiche hohe Investitionen auslösen, während es sich bei anderen Volksentscheiden primär um Ausgaben handelt. Selbstverständlich fordern wir die Umsetzung aller Volksentscheide.

Michael Schmid (FDP): Das beste Votum gegen den Textänderungsantrag der SP und für das Postulat hielt das RPK-Mitglied der SP, Dr. Florian Blättler (SP). Die Entscheidungsgrundlagen für diese Budgetdebatte genügen schlicht und einfach nicht. In einem Jahr, das kein Wahljahr ist, wäre die Konsequenz ein Rückweisungsantrag. Zum Postulat der SP zum Wohnen: Wenn man der SP zuhört, klingt sie wie eine in der Wolle gefärbte, aggressive Immobilienspekulant. Auch die Methode ist dieselbe: Man geht mit fremdem Geld auf Einkaufstour und erwartet, dass es immer nur nach oben geht. Eigentlich müsste die Immobilienkrise der 90er-Jahre noch präsent sein. Wir können einmal mehr den Vorsteher des Finanzdepartements zitieren: «Den Schalmeienklängen von Badran und Ospel bin ich nie erlegen.» Ich hoffe, das gilt weiterhin und er zieht in den kommenden Jahren einschneidende Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen.

Samuel Balsiger (SVP): Die Fraktionserklärungen der linken Parteien waren Wahlpropaganda, die mit der Realität nichts zu tun hat. Es ist als kleiner Bürger und Steuerzahler unangenehm, dass die politische Mehrheit den Bezug zur Realität verloren hat. Sie hat es in dieser Legislatur geschafft, das Budget um wiederkehrende Kosten von über 2000 Milliarden Franken pro Jahr in die Höhe zu treiben. Diese Zahl muss doch Angst machen und zeigen, dass man auf dem falschen Weg ist. Langfristig funktioniert das nicht. Selbst STR Daniel Leupi wird es angesichts der steigenden Schulden, Kosten und Investitionen langsam schwindlig. Dahinter steht ein Denken, das Johann Widmer (SVP) in der Fraktionserklärung aufgezeigt hat. Irgendwann kann man auf dem Schweizer Markt nicht mehr genug Fremdkapital aufnehmen. Soll uns Katar mit einer Finanzspritze finanzieren, wenn uns die UBS kein Geld mehr gibt? Es wird die ganze Zeit davon geredet, die Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu stellen. Nachhaltigkeit begrenzt sich nicht auf den Klimaschutz – sie gilt auch dafür, wie man in der Stadt Politik macht. Das Weltklima kann man nicht beeinflussen, aber man kann steuern, ob man die Investitionen finanzieren kann. Wenn wir irgendwann über eine Steuererhöhung sprechen müssen, möchte ich das Kaufkraftprogramm im Vergleich zu den 400 Franken ÖV-Verbilligung sehen, die auch den Reichen zugeschanzt werden. Eine Studie im Auftrag der Stadt Zürich bescheinigt 40 000 Leerkündigungen aufgrund der Klimapolitik. Gleichzeitig wird von günstigen Wohnungen gesprochen. Von dieser Realität wurde heute Abend nichts gesagt.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

Der Finanz- und Aufgabenplan 2026–2029 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. Dezember 2025 gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung

5537. 2025/557

Postulat der Grüne-, FDP-, GLP-, SVP-, Die Mitte/EVP- und AL-Fraktion vom 26.11.2025:

Bericht über die langfristige Investitionsplanung und deren Grundlagen über mindestens die nächsten zehn Jahre

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/390, Beschluss-Nr. 5529/2025

Felix Moser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5458/2025).

Florian Utz (SP) stellt namens der SP-Fraktion folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert einen Bericht zu erstatten, worin er dem Gemeinderat die langfristige Investitionsplanung über mindestens die nächsten zehn Jahre und deren Grundlagen erläutert. Insbesondere soll der prognostizierte Free Cashflow und die prognostizierten langfristigen Verbindlichkeiten mit dem zu Grunde liegenden Rechnungsmodell ausgewiesen werden. Dabei soll auch aufgezeigt werden, dass die Investitionsplanung sicherstellt, dass die erforderlichen Investitionen zur Umsetzung der Volksentscheide zu Netto null, zum Drittelsziel und zu den Tagesschulen getätigt werden und die Einhaltung der allfälligen Investitionsobergrenze nachgewiesen werden. Die Berichterstattung an den Gemeinderat soll in den Finanz- und Aufgabenplan integriert werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Sven Sobernheim (GLP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 87 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5538. 2025/569

Postulat der SP-Fraktion vom 03.12.2025:

Sicherstellung eines Budgets von mindestens 600 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe im Rahmen der Investitionsplanung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/390, Beschluss-Nr. 5529/2025

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5499/2025).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- 1a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
- 1b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 29 393 100.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2026 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Dem Referendum unterliegend:

- 4a. Die Globalbudgetverordnung (GBVO, AS 611.102) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Informationsteil

¹ Der Informationsteil für jede Produktgruppe enthält:

- a. einen Kommentar zu Veränderungen und erwarteten Entwicklungen;
 - lit. b und c unverändert.
 - d. eine Beschreibung allfälliger ausserordentlicher Massnahmen.
- Abs. 2 unverändert.

- 4b. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2026, Vorlage des Stadtrats vom 10.09.2025
- Novemberbrief vom 05.11.2025
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 01.12.2025
- Anträge der RPK vom 01.12.2025, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse
- Antrag der RedK vom 14.11.2025

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 5530/2025–5536/2025)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2025/390, Beschluss-Nr. 5529/2025

Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Sven Sobernheim (GLP): *Wahrscheinlich wird eine Mehrheit dem Budget zustimmen.*

Pärparim Avdili (FDP): *Eine Minderheit wird voraussichtlich Nein zum Budget sagen. Die Gründe werden im Laufe der 108 Anträge und Begleitpostulate ausführlich erläutert.*

Weitere Wortmeldung:

Johann Widmer (SVP): *Die SVP lehnt das Budget Jahr für Jahr ab, weil wir noch nie dahinterstehen konnten. Es werden von linker und grüner Seite jedes Jahr neue Ideen generiert, die alle viel Geld kosten. Links-Grün lehnt jeden Sparvorschlag der Bürgerlichen ab und bläht das Budget auf. In den letzten Jahren stieg es von 7 Milliarden Franken auf über 11 Milliarden Franken an. Die SVP stellt sich das ganze Jahr konsequent gegen jede Ausgabe, die nicht wirklich notwendig ist. Wir lehnen noch mehr Gelder für Staatskünstler, Gender- und Klimawahn, die Überteuerung der Tagesschulen, das Velo-routen-Flickwerk, Fernwärme für nur 60 Prozent Nutzniesser, den Ausbau von Personal und neuen Stellen, aber auch die Vergabe von Aufträgen an externe Berater und Staatsschmarotzer ab. Wir machen das ganze Jahr konkret und konsequent unsere Arbeit. Die absoluten Mehrheitsverhältnisse in diesem Rat führen aber dazu, dass das Geld der Stadt für allerlei links-grüne Hobbys und Wahnvorstellungen verschleudert wird. Es ist leider nicht möglich, das Budget substanziell zu kürzen, weil viele Ausgaben vom Gemeinderat abgesegnet wurden. So wird die Budgetdebatte auch dieses Jahr dazu führen, dass vor allem linke Begehrlichkeiten noch stärker ausgebaut werden. So verkommt die Budgetberatung zur schieren Farce. Streichen kann man fast nichts. Die Verwaltung schreibt oft «gebundene Ausgaben», «Kürzung von Löhnen unzulässig», «eine Kürzung würde zu Leistungseinbusse führen». Ja, wir wollen weniger Staat. Aber wir werden kaum eine Chance haben, korrigierend einzugreifen. Wir warnen mit grossem Nachdruck, dass die goldenen Zeiten vorbei sind. Auch der links-grüne Schlendrian muss einsehen, dass das Geld nicht auf Bäumen wächst. Aus diesem Grund werden wir in dieser Budgetdebatte noch konsequenter versuchen, jede Ausgabe zu bekämpfen.*

Beschlüsse:

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): Der Akt der Stimmabgabe ist wohl einer der wichtigsten in jeder demokratischen Gesellschaft. In der Schweiz ist die Stimmbeteiligung leider sehr tief – meistens unter 50 Prozent. Die Mehrheit der Stimmabgaben findet heutzutage brieflich statt. Die wenigsten Menschen gehen noch an die Urne. Mit diesem Antrag wollen wir die Hürde für die briefliche Stimmabgabe abbauen. Momentan gehen briefliche Stimmen mit B-Post zurück an die Stadt. Der Brief muss spätestens am Dienstag vor dem Abstimmungssonntag auf der Post sein, wenn man sicher sein will, dass er ankommt. Würde man – wie der Antrag verlangt – auf A-Post wechseln, könnte man das Couvert auch noch am Donnerstag oder Freitag einwerfen. Wir erhoffen uns so eine Steigerung der tiefen Stimmbeteiligung – auch im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Das ist keine linksradikale Forderung, andere Gemeinden im Kanton Zürich machen das ebenfalls.

Martin Bürki (FDP): Die bisherige Regel funktioniert gut. Man kann bis am Dienstag brieflich abstimmen und nachher noch bis am Sonntag an die Urne gehen. Egal, wie man die Termine ändert, irgendwann ist einfach der letzte Termin. Auch wenn die briefliche Stimmabgabe bis am Freitag möglich wäre, gäbe es einige Leute, die die Frist verpassen würden. Die Stadtkanzlei hält die jetzige Situation für gut eingespielt, Sie stellte auch fest, dass kaum Abstimmungsunterlagen zu spät eingereicht werden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): Bei rund einem Dutzend Anträgen ist die SP-Fraktion in der offiziellen Fahne noch in der Enthaltung. Es handelt sich dabei um technische Enthaltungen, weil wir die Anträge zum Zeitpunkt der Fahne noch nicht in der Fraktion besprochen hatten. Das ist so ein Beispiel. Wir wechseln in die Zustimmung. Es geht am Schluss darum, die direktdemokratischen Mittel in guter schweizerischer Tradition zu stärken.

Felix Moser (Grüne): Auch die Grünen sind noch in der Enthaltung. Nicht aus technischen Gründen, sondern weil wir uns in der Fraktion nicht einig waren. Zum einen ist es für uns zentral, dass jeder und jede sein Stimmrecht wahrnehmen kann. Der Staat soll so viel wie möglich dazu beitragen, dass die Stimmabgabe für alle einfach und problemlos möglich ist. Dass man briefliche Stimmen schon am Dienstag einwerfen muss, ist aus dieser Sicht eine unnötige Einschränkung. Ich war auch schon zu spät dran. Ich schrieb dann ein A auf das Couvert in der Hoffnung, es komme rechtzeitig an. Zum anderen gibt es gemäss Antwort der Stadtkanzlei nur ganz, ganz wenige Stimmen, die zu spät ankommen und so verloren gehen. Für diese Stimmen mehr als 200 000 Franken zu bezahlen, erscheint uns etwas hoch. Wir waren uns nicht einig, was wir stärker gewichten sollen.

Moritz Bögli (AL): Natürlich kommen sehr wenige Stimmunterlagen zu spät an. Weil die meisten Leute – wenn sie am Mittwoch oder Donnerstag merken, dass sie zu spät dran sind – die Unterlagen nicht mehr abschicken. Man sieht an den Mehrheiten, welche Parteien mit einer tiefen Stimmbeteiligung zufrieden sind. Das ist der Zürichberg als Wahlbasis der FDP, der die absolut höchste Stimmbeteiligung hat. Aber auch die postmateriellen Grünen, deren Wähler*innenschaft aus Leuten besteht, die immer abstimmen. Da ist das

Interesse an einer höheren Wahlbeteiligung vielleicht etwas tiefer. Wenn ich mir andere grüne Anträge anschau, finde ich es kleinlich, dass 200 000 Franken für eine höhere Wahlbeteiligung zu viel sind, aber Millionen ausgegeben werden, um Stellen zu schaffen.

Michael Schmid (FDP): *Alternative Fakten der Alternativen Liste. Tatsache ist, dass es bei Abstimmungen eine Frist gibt. Ob brieflich oder physisch – irgendwann ist man zu spät. Das hat nichts mit Hürden zu tun, sondern mit geordneten Verfahren.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Ich schliesse mich Michael Schmid (FDP) an. Irgendwann wird es schwierig zu wissen, wann der letztmögliche Zeitpunkt ist. Bei B-Post hat man gute Chancen, dass es noch ankommt, wenn man es am Mittwoch einwirft. Ausserdem gibt es noch das eine oder andere Lokal, wo man am Sonntag vorbeigehen könnte.*

Sven Sobernheim (GLP): *Die Stadtkanzlei hat kein Problem festgestellt. Die Post ist grosszügig, kulant und so demokratisch, dass sie versucht, alles zu lösen. Daher ändert sich nichts. Ich behaupte, dass niemand die Deadline so genau kennt. Wer behauptet, man würde das Couvert am Donnerstag nicht mehr einwerfen, ist zu nerdig unterwegs.*

S. 114	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1000	Gemeinde				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
001.	Antrag Stadtrat			1 730 000	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			225 000	1 955 000	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung: Briefliche Stimmabgabe von B- auf A-Post wechseln, um einen späteren Briefeinwurf zu ermöglichen und die Stimmbeteiligung zu erhöhen				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): *Seit bald einem Jahr hat die Rechnungsprüfungskommission (RPK) einen wissenschaftlichen Mitarbeitenden. Das hat sich bewährt und die Aufsicht gestärkt. Darum fordern wir dasselbe für die Geschäftsprüfungskommission (GPK).*

Martin Bürki (FDP): *Der Antrag müsste von der GPK und nicht vom Präsidenten der RPK kommen. Wenn die Mehrheit der GPK nicht hinter dieser Anstellung steht, muss man damit rechnen, dass der Mitarbeiter nicht ausgelastet wäre.*

S. 116	10 1005 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinderat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat				1 782 900	Minderheit
				50 000	1 832 900	Mehrheit
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
						Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Schaffung einer halben Stelle für die wissenschaftliche Mitarbeit in der Geschäftsprüfungskommission			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Stellenwachstum in der Stadtkanzlei ist zu hoch. Wir finden, dass nur eine neue Stelle geschaffen werden soll – die dringendste. Möglicherweise ist das jene zum elektronischen Verwaltungsverfahren (VEVV). Weitere neuen Aufgaben sollen durch interne Umlagerungen und Weiterbildungen bewältigt werden.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) lehnt den Antrag ab. Wir halten die Stellen für gut begründet. Eine Stelle ist für die Umsetzung des neuen VEVV, das der Kanton einführt und die Stadt zwingend einführen muss. Bei der zweiten Stelle geht es um das Submissionsrecht. Das wird juristisch zunehmend komplexer und braucht mehr Ressourcen. Ausserdem gibt es weitere Aufgaben wie die Motion zur Politikfinanzierung, die in der Stadtkanzlei umgesetzt werden muss. Die Stadtkanzlei hat einen breiten gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die verlangten Umlagerungen sind weder fachlich noch ressourcentechnisch umsetzbar.

S. 124	10 1020 3010 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtkanzlei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat				7 846 700	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)

200 000	7 646 700	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
Begründung: Verzicht auf die Schaffung von 2 neuen Stellen; weitere neue Anforderungen sollen durch interne Umlagerungen bewältigt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Bei den Honoraren, externen Beratungen, Gutachten und Fachexpertisen der Stadtkanzlei steigt der Budgetwert von 408 000 Franken im Rechnungsjahr 2025 auf 657 000 Franken im aktuellen Budget. Dieser Anstieg um 61 Prozent ist trotz einiger laufender Projekte zu hoch. Wir beantragen eine Reduzierung um 50 000 Franken mittels Prioritätensetzung. Das Notwendige soll gemacht werden, aber nicht unbedingt alles Wünschenswerte.

Felix Moser (Grüne): Bei den Aufgaben der Stadtkanzlei kann man nicht mehr viel priorisieren. Wir gehen davon aus, dass die Stadtkanzlei das selber schon gemacht hat. Das Verwaltungsverfahren muss kommen und die Compliance-Governance-Frage beschäftigt die RPK schon lange. Wir sind froh, dass der Stadtrat vorwärtsmacht und Mittel einsetzt. Daher sehen wir keinen Grund für Kürzungen, das wäre kontraproduktiv.

S. 125	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1020	Stadtkanzlei			
	3132 00 000	Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat			657 000	Mehrheit
					Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		50 000		607 000	Minderheit
					Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Prioritäten setzen, etwas reduzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 005.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Martin Bürki (FDP): Per 31. August 2025 gab es 428,6 unbesetzte Stellen. Im Budget 2026 sollen 777,9 Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es also am Anfang des Jahres 2026 mehr als 1000 unbesetzte Stellen geben. Deshalb beantragen wir – wie in den letzten Jahren – einen Pauschalabzug von 40 Millionen Franken.

Dr. Florian Blättler (SP): Das Budget sollte möglichst realistisch abbilden, was passiert. Wie Martin Bürki (FDP) sagte, sind Stellen manchmal nicht besetzt. Das heisst, wir brauchen am Schluss weniger Geld. Es sollte aber nicht sein, dass eine Stelle unbesetzt bleibt, weil das Budget aufgebraucht ist. Deshalb bauen wir 10 Millionen Franken als Sicherheitsmarge ein und beantragen einen Pauschalabzug von 30 Millionen Franken.

Tanja Maag (AL): Die AL und die Grünen bleiben bei der Ansicht, dass die im Stellenplan hinterlegten Werte in den Dienstabteilungen budgetiert werden sollen. Für geplante Stellen sollen die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Pauschalbeträge anhand von Annahmen zu definieren, ist Kristallkugel-Lesen. Wir lehnen beide Pauschalbeträge ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Man konnte dem Votum von Martin Bürki (FDP) entnehmen, dass man solche Pauschalkürzungen seit 20 Jahren habe. Das ist nicht der Fall. Es gab Jahre ohne Kürzungen und solche mit grösseren und kleineren. Der Stadtrat wird auch mit diesem Eingriff versuchen, die Stellen zu besetzen. Wir hatten auch schon 700 freie Stellen, jetzt sind es 400 Stellen. Ich weiss nicht, was auf dem Arbeitsmarkt passieren wird. Wenn Sie das einsetzen, werden wir sicher nicht auf die einzelne Dienstabteilung spiegeln. Wir verstehen das nicht als Kürzung von Stellen, sondern als Anpassung des Budgets, das möglicherweise nicht ausgeschöpft wird. Damit niemand Ende Jahr sagt, wir müssten die Stellen kürzen, stelle ich jetzt klar, dass wir das nicht machen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Der heftige Widerstand des Vorstehers des Finanzdepartements überrascht mich. Wir erfuhren in der Budgetrunde, dass es einzelne Dienstabteilungen gibt, die das selbst in ihrem Globalbudget machen und im Saldo einen Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen vorsehen. Daher haben wir nur den Stadtrat kopiert.

STR Daniel Leupi: Wenn es 20 Millionen Franken wie letztes Jahr gewesen wären, hätte ich mich nicht geäussert. Aber 40 Millionen Franken gehen an die Grenze der Stellen, die zurzeit nicht besetzt sind. Das finden wir schwierig. Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) kann nicht erwarten, dass wir das auf die einzelne Stelle monitoren.

S. 131	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3010 00 203	Pauschalabzug nicht besetzte Stellen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat			0 Minderheit 2	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)

40 000 000	-40 000 000	Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
30 000 000	-30 000 000	Minderheit 1	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
Begründung: Mehrheit: Per 31.08.2025 gibt es 428,6 unbesetzte Stellen (31.08.2024: 552,4). Im Budget 2026 sollen 777,9 neue Stellen geschaffen werden. Insgesamt wird es so Anfang 2026 über 1000 unbesetzte Stellen geben. Dies gibt Raum für einen Pauschalabzug von 40 Millionen Franken. Minderheit 1: Pauschalabzug für nicht besetzte Stellen			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 2	(0)	25 Stimmen
Antrag Mehrheit	(-40 000 000)	59 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-30 000 000)	<u>37 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 006.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Micha Amstad (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 4 500 000 Franken: Wir passen den Antrag an. Wir fokussieren uns neu auf die Funktionsstufen 1 bis 6. Das hat zur Folge, dass sich der Betrag auf 4,5 Millionen Franken reduziert. Wir sind aber nach wie vor davon überzeugt, dass der Antrag richtig und wichtig ist. Das städtische Personal erleidet seit Jahren Reallohnseinbussen. Es ist zwar so, dass die Lohnskalen nach dem Personalrecht der Stadt Zürich richtigerweise dem Zürcher Index der Konsumentenpreise angepasst werden. Aber solche Indizes haben ihre Mängel. Einer davon ist, dass die Krankenkassenprämien nicht abgebildet werden. Das bedeutet, dass die Prämienexplosion der letzten Jahrzehnte allein auf den Schultern der Lohnabhängigen lastet. Bei einem Lohn von 5000 Franken pro Monat bedeutet das Prämienwachstum von 5,2 Prozent im Jahr 2026 eine Reallohnseinbusse von 0,5 Prozent des Einkommens. Bei Familien ist es noch viel deutlicher. Seit dem Jahr 2000 stiegen die Krankenkassenprämien um 185 Prozent. Bei Lohnstufe 1 bis 6 handelt es sich um Personen in tiefen Lohnsegmenten. Deshalb sind wir – anders als der Stadtrat – der

Meinung, dass die Zugehörigkeit zu einer Funktionsstufe das korrekte und logische Merkmal ist, um eine Prämie zur Abfederung der Reallohnneinbusse auszuschütten.

Martin Bürki (FDP): Auch die Angestellten der Stadt in den Funktionsstufen 1 bis 6 haben als städtische Angestellte eine weit überdurchschnittliche Vergütung im Vergleich zur Privatwirtschaft. Das Finanzdepartement weist zudem daraufhin, dass eine solche Einmalzulage keine rechtliche Grundlage habe. Nach Artikel 59 des Personalrechts sind ausserordentliche Leistungsvergütungen nur bei aussergewöhnlichen Leistungen einzelner Angestellter oder Arbeitsgruppen vorgesehen. Es ist also fraglich, ob das Anliegen der SP umgesetzt werden könnte. Für die FDP füge ich hinzu: Wenn die linke Ratschälfte – und insbesondere die SP – 4,6 Millionen Franken Wahlgeschenke verteilen möchte, soll sie das bitte aus ihrer Wahlkampfkasse und nicht mit Steuereinnahmen bezahlen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Im Jahr 2021 sprachen wir das letzte Mal über eine solche Einmalzulage. Wir hatten eine Corona-Pandemie und ein Stadtspital, in dem viele Pflegende gearbeitet haben. Das war eine klar abgrenzbare Gruppe. Funktionsstufe 1 bis 6 ist keine klar abgegrenzte Gruppe. Dass das nicht verstanden wird, sehen wir bei der 35-Stunden-Woche. Wenn das städtische Personal angeblich so schlecht bezahlt ist, weshalb wurde nicht schon lange eine Motion eingereicht? Das wäre der richtige Weg.

Karin Weyermann (Die Mitte): Auch wenn ich als kantonale Angestellte die Geschenke der Parlamente gerne entgegennehme, verstehe ich es als Parlamentarierin und Steuerzahlerin dieser Stadt beim besten Willen nicht. Die rechtlichen Grundlagen wurden bereits erwähnt. Selbstverständlich sollen wir unsere Angestellten gut bezahlen. Aber fragen Sie in der Privatwirtschaft, wann das letzte Mal eine Teuerung ausgeglichen wurde.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen sind grundsätzlich der Meinung, dass städtisches Personal gut entlohnt werden soll. Wir teilen das Anliegen, die tiefsten Löhne in der Stadt zu stärken. Das Problem der hohen Krankenkassenprämien sollte man aber nicht über einen Budgetantrag für eine spezielle Mitarbeitengruppe, sondern über andere Massnahmen lösen. Zumindest in der Stadt sagte die Stimmbevölkerung klar Ja zur SP-Initiative, die stärker subventionierte Krankenkassenprämien verlangte. Das dient nicht nur einem Teil der städtischen Angestellten, sondern allen Bewohnenden der Stadt. Das ist für uns der richtige Weg. Der Antrag widerspricht dem Personalrecht, deshalb forderte er uns heraus. Eine Lohnerhöhung finden wir grundsätzlich sinnvoll. Aber wir sehen, dass es nicht umsetzbar ist. Bei 8 Millionen Franken hätten nicht alle zugestimmt. Da es um die Lohnstufen 1–6 geht, haben wir uns umentschieden und stimmen dem Antrag zu. Wir bitten aber, dass Anträge künftig rechtlich umsetzbar formuliert werden.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Es ist 16.25 Uhr und ich bin schon getriggert. Die AL war in der Enthaltung. Wir werden dem Antrag zustimmen. Aber ich bitte Sie, das Zähneknirschen meiner Fraktion zu hören. Dieses ist gewaltig. Nicht aus inhaltlichen Gründen. Es gibt keine einzige Fraktion in diesem Rat, die sich so für die Leute mit kleinem Portemonnaie einsetzt wie die AL. Das Personalrecht lässt es aber gar nicht zu, dass der Stadtrat derart selektiv Goodies an Leute verteilt. Mit diesem Antrag streuen wir dem Volk rot-grünen Sand in die Augen, weil der Stadtrat das Geld mit dem aktuellen Recht niemals auszahlen kann. Diese Art von Symbolpolitik ist etwas vom Schlimmsten, was Politiker*innen tun können. Wir wecken Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Und dann wundern wir uns in vier Jahren, dass unsere Leute – von der Unterschicht – rechts wählen. Die AL macht trotzdem mit, weil sie nicht da ist, um den rot-grünen Stadtrat vor den eigenen Fraktionen zu schützen. Wir empfehlen STR Daniel Leupi, dass er

das Geschäft an die Hand nimmt und nicht priorisiert, weil ihm sonst ein juristisches Debakel droht.

Micha Amstad (SP): Danke Sven Sobernheim (GLP) für die Idee, dass wir es ganzheitlich angehen sollten. Wir nehmen das auf den Pendenzenstapel. Es geht darum, das Dringendste umzusetzen und dort zu unterstützen, wo die Not wirklich gross ist. Das ist bei den tiefen Löhnen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, das zu tun. Deshalb bitten wir den Stadtrat, alles zu unternehmen, dass diese Auszahlung ausgeführt werden kann. Der FDP würde ich raten, das mit den Wahlgeschenken den Betroffenen in diesen Funktionsstufen direkt ins Gesicht zu sagen. Das sind Netzelektriker*innen, Trampilot*innen oder Pflegeassistent*innen. Es geht um reale Nöte. Der Antrag ist korrekt und richtig.

Përparim Avdili (FDP): Ich bin im falschen Film und habe das Gefühl, ich höre nicht richtig. In Bezug auf die Reallohnneinbussen müsste man ergänzen, dass es nur jene betrifft, die in der Stadt Zürich wohnen und arbeiten. Felix Moser (Grüne) halte ich eigentlich für ein vernünftiges RPK-Mitglied, das sachpolitische Themen gut kanalisieren kann. Wenn er es aber nicht schafft, seine Fraktion zu überzeugen, hätte man sich zumindest enthalten sollen. Dr. David Garcia Nuñez (AL) erzählte, man streue dem Volk rot-grünen Sand in die Augen. Aber weil man nicht will, dass die Wähler eine andere Partei wählen, müsse man ihnen falsche Hoffnungen machen und zustimmen. Hört ihr euch eigentlich selber zu? Der Antrag ist nicht umsetzbar. Wer ehrliche Politik machen will, müsste mit einer Motion kommen und nicht mit einer billigen wahlpopulistischen Aktion.

Samuel Balsiger (SVP): Sie beklagen sich über steigende Mieten, lassen aber den Grund weg. Sie beklagen sich über steigende Krankenkassenprämien, lassen aber den Grund und die Verantwortlichkeit weg. Es war die SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss, die im Jahr 1996 das System einführte und versprach, dass die Prämien langfristig sinken würden. Es geschah das Gegenteil. Die Prämien haben sich fast verdoppelt. Es ist auch unehrlich, wenn Sie die ganze Zeit über die hohen Krankenkassenprämien sprechen und anstatt struktureller Reformen nur mehr Geld einschiessen wollen. Solche Reformen können nicht im Gemeinderat, aber auf allen anderen Ebenen des Staats, auf denen Sie auch vertreten sind, angestossen werden. Aber das wollen Sie nicht, weil die Profiteure der hohen Gesundheitskosten Ihre eigenen Leute sind. Sie machen auf zwei Seiten Wahlkampf und verteilen Geschenke. Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Die SP muss die Verantwortung für ihre Vorstösse übernehmen, nicht die AL. Die AL ist zurzeit nicht im Stadtrat. Am 8. März 2026 wird sich das ändern. Mit Tanja Maag (AL) werden solche Geschichten nicht passieren. Wenn Sie sich streiten und nicht einig werden, liegt es nicht an der AL, die Scherben zusammenzukehren. Die SVP weiss bestens, wie Klientelpolitik geht: 10 Millionen Franken für die Weinbauern, kein Geld für Frauen. Wir setzen uns wenigstens für unsere Leute ein.

Lara Can (SP): Liebe FDP, wir können sehr gern noch einmal über Wahlgeschenke sprechen, wenn es um die Diskussion zum Steuerfuss geht. Dort wollt ihr die grösste Profiteurin – die UBS – mit mindestens 6 Millionen Franken belohnen. Für eine Mittelsstandsfamilie wären es aber nur ein paar läppische Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Es war eine spannende Debatte. Ich fand vor allem das Votum von Dr. David Garcia Nuñez (AL) sehr interessant. Ich muss allerdings sagen, dass die AL schon auch ein bisschen für die Mehrheit verantwortlich ist. Sonst müssten sich die

*Wähler*innen am 8. März 2026 fragen, weshalb es die AL noch braucht. Ihr seid oft vernünftiger, deshalb hoffe ich schon, dass ihr für eure eigenen Mehrheiten einsteht. Ich bin entsetzt darüber, dass sich die grösste Fraktion dermassen um juristische Fakten fou-tiert. Das ist wirklich eine Enttäuschung für mich. Aber ich brauche keinen Schutz, wir werden das Geld nicht ausgeben. Ausserdem gibt es bei den Lohnstufen willkürliche Schnitte. Jemand, der in Stufe 7 tief eingestuft ist, verdient möglicherweise weniger als jemand, der in der Stufe 6 hoch eingestuft ist. Eine Motion, dass wir dem städtischen Personal die Krankenkassenprämien bezahlen, würde nicht durchkommen.*

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3049 00 200	Sammelkredit Einmalzulagen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat			0 Mehrheit	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			4 500 000	4 500 000 Minderheit	Leah Heuri (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Florian Utz (SP)
				Enthaltung	Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
		Begründung: Einmalzulage in der Höhe von Fr. 500 pro 1 Stelle für alle Angestellten der Funktionsstufen 1 bis 6 zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts durch die steigenden Krankenkassenprämien			

Micha Amstad (SP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Erhöhung um 4 500 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 166, Beschluss-Nr. 5539/2025)

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

5540. 2025/597

Motion von Nicolas Cavalli (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 10.12.2025: Schaffung eines ReUse-Bauteillagers

Von Nicolas Cavalli (GLP) und Sven Sobernheim (GLP) ist am 10. Dezember 2025 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung für die Schaffung eines ReUse-Bauteillager zu unterbreiten sowie allfällige weitere Massnahmen zur Förderung der Wiederverwendung von Bauteilen vorzuschlagen. Die Vorlage soll sowohl städtische Bauvorhaben als auch private Bauprojekte einbeziehen und sicherstellen, dass eine funktionierende Infrastruktur für Erfassung, Lagerung und Weitervermittlung solcher Bauteile geschaffen bzw. gestärkt wird.

Begründung:

Die Stadt Zürich hat sich mit ihrer Klimastrategie ambitionierte Ziele gesetzt: Netto-Null bis spätestens 2040, im eigenen Einflussbereich bereits bis 2035. Der Bausektor spielt dabei eine zentrale Rolle. Rund 40 % der CO₂-Emissionen und über 80 % der Materialverbräuche gehen schweizweit auf sein Konto. Der konsequente Einsatz von wiederverwendeten Bauteilen ist daher ein zentrales Element einer klimafreundlichen Stadtentwicklung und der Übergang zur Kreislaufwirtschaft.

In Zürich entstehen jährlich beim Rückbau Tausende Tonnen an potenziell wiederverwendbaren Bauteilen, von Fenstern über Trennwände bis zu Sanitäranlagen. Ein grosser Teil davon landet auf Deponien oder in der Verbrennung, obwohl viele dieser Bauteile technisch wie gestalterisch wiederverwendbar wären. Hindernisse sind mangelnde Sichtbarkeit bestehender Ressourcen, fehlende Logistik- und Lagerinfrastruktur, normative Unsicherheiten und wirtschaftliche Anreize, die auf den Abriss und Neubau ausgerichtet sind.

Eine solche Umsetzung stärkt die lokale Wirtschaft (z. B. Handwerk, Rückbau, Logistik), fördert innovative Start-ups im Bereich der Wiederverwertung und senkt mittel- bis langfristig Kosten im öffentlichen Bauwesen. Wichtig dabei ist, dass die Stadt nicht noch ein weiteres Pilotprojekt macht, sondern das Thema endlich gesamtheitlich angeht.

Zürich kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen – nicht nur als Bauherrin, sondern auch als Ermöglicherin für private und genossenschaftliche Bauprojekte, die bereits heute Kreislaufprinzipien umsetzen wollen, aber an strukturellen Hürden scheitern.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

5541. 2025/509

Dringliche Schriftliche Anfrage von Marco Denoth (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP) und 55 Mitunterzeichnenden vom 29.10.2025: Gesundheitsversorgung von trans Jugendlichen, Positionierung zu den angekündigten Zugangerschwerungen auf kantonaler und nationaler Ebene, Verhinderung von negativen Auswirkungen auf das Wohlergehen von trans Jugendlichen und ihrer Familien, bestehende Diskriminierungen in der Stadt sowie Auflagen und Weisungen an die Spitäler und das medizinische Fachpersonal

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 3855 vom 26. November 2025).

5542. 2025/363

Schriftliche Anfrage von Sandro Gähler (SP) vom 27.08.2025: Prüfung der finanziellen Verhältnisse der Eltern für eine Unterstützung von jungen Erwachsenen, Rechtsgrundlagen, die eine Weiterreichung der Daten durch die Steuerverwaltung verhindern oder eine Herausgabe durch die Eltern erzwingen lassen sowie Möglichkeiten für eine kommunale Lösung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3853 vom 26. November 2025).

5543. 2025/384

Schriftliche Anfrage von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und Sibylle Kauer (Grüne) vom 03.09.2025: Pilotprojekt für die Auslieferung von Kebabs per Roboter, Bewilligung für das Projekt, Kenntnisstand der Stadt, Projektperimeter, genutzte Verkehrsflächen, Verhinderung von Konflikten und Unfällen sowie Regelung der Haftungsfragen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3854 vom 26. November 2025).

5544. 2025/385

Schriftliche Anfrage von Serap Kahriman (GLP) und Florine Angele (GLP) vom 03.09.2025: Haltestellensituation Brunnenhof und Bad Allenmoos der VBZ, Beurteilung des sicherheitstechnischen Risikos, Unfalldaten, Einfluss der Wohnbauten des neuen Areals Guggach, Analysen zur Bewältigung des erhöhten Verkehrs und mögliche Anpassungen sowie Massnahmen und städtische Standards oder Schwellenwerte für einen Handlungsbedarf betreffend die Umgestaltung von Haltestellen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3857 vom 26. November 2025).

5545. 2025/386

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Johann Widmer (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 03.09.2025:

Einsatz von Softwarelösungen amerikanischer Konzerne, gespeicherte Daten, genutzte Applikationen und Kommunikationstools, Projekte, die die Abhängigkeiten erhöhen, Lizenzkosten und Beurteilung der Risiken sowie Prüfung von datenschutzkonformen Alternativen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 3852 vom 26. November 2025).

5546. 2025/106

Weisung vom 19.03.2025:

Immobilien Stadt Zürich und Grün Stadt Zürich, Ersatzneubau des Sportzentrums Witikon und Neuordnung der Rasensportanlage, Projektierung, Zusatzkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5547. 2025/143

Weisung vom 09.04.2025:

Amt für Städtebau, Regionaler Richtplan Stadt Zürich, Teilrevision Siedlung und Landschaft, Überweisung an den Gemeinderat zur Verabschiedung für die Festsetzung durch den Regierungsrat

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5548. 2025/183

Weisung vom 14.05.2025:

Immobilien Stadt Zürich, Betreuungsgebäude Auhof, Ersatzneubau, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5549. 2025/200

Weisung vom 21.05.2025:

Schul- und Sportdepartement, Gesellschaft für Schülergärten Zürich, Beiträge 2025–2028, Aufhebung GR Nr. 2002/555

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5550. 2025/201

Weisung vom 21.05.2025:

Schul- und Sportdepartement, Pestalozzi Bibliothek Zürich, Beiträge ab 2025, Zusatzkredit, Nachtragskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

5551. 2025/225

Weisung vom 11.06.2025:

Sportamt, Verein «Pro Freestyle Halle», Beiträge 2025–2029

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2025 ist am 1. Dezember 2025 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 17. Dezember 2025.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2025, 08.30 Uhr